

29.09.00

U

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 12. April 1999 zum Schutz des Rheins

A. Zielsetzung

Das am 12. April 1999 unterzeichnete Übereinkommen erweitert den Geltungsbereich (z.B. im Hinblick auf das Grundwasser, das in Wechselwirkung mit dem Rhein steht), legt neue gewässerschutzpolitische Zielsetzungen (weitere Verbesserung des ökologischen Zustandes, ganzheitliche Hochwasservorsorge und Hochwasserschutz unter Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse, Erhalt, Verbesserung und Wiederherstellung möglichst natürlicher Lebensräume und der natürlichen Fließgewässerfunktion) fest und verpflichtet die Vertragsparteien auf die modernen umweltpolitischen Grundsätze. Es stellt die Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen sicher, verleiht den Beschlüssen der Kommission mehr Gewicht (das Prinzip der Einstimmigkeit und der Empfehlungscharakter der Beschlüsse bleiben jedoch erhalten) und stellt die Rechts- und Geschäftsfähigkeit der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) her.

B. Lösung

Das neue Übereinkommen orientiert sich an den Grundsätzen moderner Umweltschutzübereinkommen und wird die „Vereinbarung über die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung“ vom 29. April 1963 (BGBl. 1965 II S. 1432), die Zusatzvereinbarung vom 3. Dezember 1976 (BGBl. 1979 II S. 86), das „Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zum Schutze des Rheins gegen chemische Verunreinigung“ (BGBl. 1978 II S. 1053) sowie das „Gesetz zur Verleihung der Rechts- und Geschäftsfähigkeit an die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins“ vom 14. April 2000 (BGBl. 2000 II S. 622) aufheben und ersetzen.

Durch die Aufhebung des Rhein-Chemieübereinkommens und die Einbeziehung seiner unverzichtbaren Elemente in das neue Übereinkommen wird ein Beitrag zur Rechtsvereinfachung geleistet.

Fristablauf: 10.11.00

Die neue Zielsetzung des Übereinkommens spiegelt den integrierten und nachhaltigen Ansatz der neuen Rheinschutzpolitik wider. Mit den Regelungen über die verstärkte Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen wird der seit mehreren Jahren erprobte und positiv bewertete Informationsaustausch mit der Öffentlichkeit bestätigt, institutionalisiert und intensiviert.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Die Verteilung der Verwaltungskosten auf die Mitgliedstaaten ist in der Geschäfts- und Finanzordnung geregelt. Auf Grund der Vorgaben des Rates der Europäischen Gemeinschaft wird die Europäische Gemeinschaft künftig nur noch einen Beitrag von 2,5 % des Haushalts leisten (bisher 13 %). Sie wird jedoch bestrebt sein, diesen Beitrag im Rahmen ihrer haushaltsrechtlichen Möglichkeiten um die Differenz zu ihrem Beitrag im Jahre vor dem Inkrafttreten des neuen Übereinkommens zu erhöhen. Die Schweiz zahlt gleichbleibend einen Beitrag von 12 %. Die übrigen Vertragsparteien zahlen den Rest in folgendem Verhältnis: die Bundesrepublik Deutschland 32,5 %, die Französische Republik 32,5 %, das Königreich der Niederlande 32,5 % und das Großherzogtum Luxemburg 2,5 %. Da Deutschland bisher einen Anteil von 24,5 % am Verwaltungshaushalt der IKSР zahlt, könnten sich bei gleichbleibendem Haushalt und je nach der tatsächlichen Höhe des Beitrages der Europäischen Gemeinschaft geringfügige Mehrkosten ergeben. Dies gilt auch für die übrigen Mitgliedstaaten der IKSР. Die geringfügigen Mehrkosten für den Bundeshaushalt werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel gedeckt.

2. Vollzugaufwand

Keiner

E. Sonstige Kosten

Weitere finanzielle Auswirkungen aus dem Übereinkommen entstehen nicht.

Unmittelbare Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind daher nicht zu erwarten.

29.09.00

U

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom
12. April 1999 zum Schutz des Rheins**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 29. September 2000

022 (321) - 235 31 - Rh 2/00

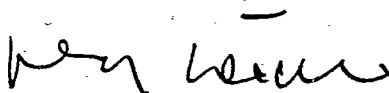
An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der
Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 12. April 1999
zum Schutz des Rheins

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit.



Fristablauf: 10.11.00

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 12. April 1999 zum Schutz des Rheins

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bern am 12. April 1999 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zum Schutz des Rheins wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen zum Schutz des Rheins nach seinem Artikel 17 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt und zugleich nach Artikel 19 Abs. 1 des Übereinkommens

- a) die Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung (BGBl. 1965 II S. 1432),
- b) die Zusatzvereinbarung vom 3. Dezember 1976 (BGBl. 1979 II S. 86) und
- c) das Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung (Chemieübereinkommen/Rhein, BGBl. 1978 II S. 1053)

außer Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Die Ministerinnen und Minister der Rheinanliegerstaaten haben am 8. Dezember 1994 in Bern anlässlich der 11. Rheinministerkonferenz beschlossen, die „Vereinbarung über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung“ und die Zusatzvereinbarung vom 3. Dezember 1976 durch ein „Neues Übereinkommen“ zu ersetzen. Die bisherigen Vereinbarungen sollten in Anlehnung an die Grundsätze moderner Umweltschutzübereinkommen neu gestaltet werden.

Es bedurfte daher einer neuen völkerrechtlichen Grundlage für die notwendige Kooperation.

Die künftige Zusammenarbeit soll auf der Grundlage des am 12. April 1999 von den Vertragsstaaten unterzeichneten Übereinkommens zum Schutz des Rheins erfolgen.

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Übereinkommen das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 17 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt und zugleich nach Artikel 19 Abs. 1 des Übereinkommens die Vereinbarung vom 29. April 1963, die Zusatzvereinbarung vom 3. Dezember 1976 und das Chemieübereinkommen vom 3. Dezember 1976 außer Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Besondere gesetzliche Ausführungsbestimmungen zum Übereinkommen sind nicht erforderlich.

Das Gesetz wird mit zu einer weiteren Verbesserung des ökologischen Zustandes, der Hochwasservorsorge und des Hochwasserschutzes sowie zu einer Verbesserung und Wiederherstellung möglichst natürlicher Lebensräume und der natürlichen Fließgewässerfunktion des Rheins beitragen.

Die inländische Wirtschaft wird nicht mit Kosten belastet, da das in Deutschland geltende Recht durch das Übereinkommen nicht geändert wird. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind daher nicht zu erwarten.

Da Deutschland bisher einen Anteil von 24,5% am Verwaltungshaushalt der IKSR zahlt, könnten sich bei gleichbleibendem Haushalt und je nach der tatsächlichen Höhe des Beitrages der Europäischen Gemeinschaft geringfügige Mehrkosten ergeben. Dies gilt auch für die übrigen Mitgliedstaaten der IKSR.

Die geringfügigen Mehrkosten für den Bundeshaushalt werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel gedeckt.

Übereinkommen zum Schutz des Rheins

Convention pour la Protection du Rhin

Die Regierungen

der Bundesrepublik Deutschland,
der Französischen Republik,
des Großherzogtums Luxemburg,
des Königreichs der Niederlande,
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

und die Europäische Gemeinschaft,

von dem Wunsch geleitet, aus einer ganzheitlichen Betrachtungsweise heraus auf eine nachhaltige Entwicklung des Ökosystems Rhein hinzuwirken, die dem wertvollen Charakter des Stroms, seiner Ufer und seiner Auen Rechnung trägt,

in der Absicht, ihre Zusammenarbeit zur Erhaltung und Verbesserung des Ökosystems Rhein zu verstärken,

unter Hinweis auf das Übereinkommen vom 17. März 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen sowie auf das Übereinkommen vom 22. September 1992 zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks,

unter Berücksichtigung der im Rahmen der Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung und der Zusatzvereinbarung vom 3. Dezember 1976 durchgeführten Arbeiten,

in der Erwägung, dass die durch das Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung und durch das Aktionsprogramm „Rhein“ vom 30. September 1987 erzielten Verbesserungen der Wasserqualität weiterzuführen sind,

eingedenk der Tatsache, dass die Sanierung des Rheins auch erforderlich ist, um das Ökosystem der Nordsee zu erhalten und zu verbessern,

in dem Bewusstsein, dass der Rhein ein bedeutender europäischer Schifffahrtsweg ist und unterschiedlichen Nutzungen dient,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet

- a) „Rhein“ den Rhein ab Ausfluss des Untersees und in den Niederlanden die Arme Bovenrijn, Bijlands Kanaal, Pannerdensch Kanaal, IJssel, Nederrijn, Lek, Waal, Boven-Merwede, Beneden-Merwede, Noord, Oude Maas, Nieuwe Maas und Scheur sowie den Nieuwe Waterweg bis zur Basislinie, wie in Artikel 5 in Verbindung mit Artikel 11 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen definiert, das Ketelmeer und das IJsselmeer;
- b) „Kommission“ die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR).

Les Gouvernements

de la République fédérale d'Allemagne,
de la République Française,
du Grand-Duché de Luxembourg,
du Royaume des Pays-Bas,
de la Confédération Suisse

et la Communauté européenne,

désireux, en se fondant sur une vision globale, d'œuvrer dans le sens d'un développement durable de l'écosystème du Rhin prenant en compte la richesse naturelle du fleuve, de ses rives et de ses zones alluviales,

désireux de renforcer leur coopération en matière de préservation et d'amélioration de l'écosystème Rhin,

se référant à la Convention du 17 mars 1992 sur la protection et l'utilisation des cours d'eau transfrontières et des lacs internationaux, ainsi qu'à la Convention du 22 septembre 1992 pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du Nord-Est,

considérant les travaux réalisés dans le cadre de l'Accord du 29 avril 1963 concernant la Commission Internationale pour la Protection du Rhin contre la pollution et de l'Accord additionnel du 3 décembre 1976,

considérant qu'il convient de poursuivre l'amélioration de la qualité des eaux obtenue grâce à la Convention du 3 décembre 1976 relative à la protection du Rhin contre la pollution chimique et au Programme d'action «Rhin» du 30 septembre 1987,

conscients du fait que l'assainissement du Rhin est également nécessaire en vue de préserver et d'améliorer l'écosystème de la mer du Nord,

conscients de l'importance du Rhin en tant que voie navigable européenne et de ses diverses utilisations,

sont convenus de ce qui suit:

Article premier

Définitions

Au sens de la présente Convention, on entend par

- a) „Rhin“ le Rhin depuis la sortie du Lac inférieur et, aux Pays-Bas, les bras Bovenrijn, Bijlands Kanaal, Pannerdensch Kanaal, IJssel, Nederrijn, Lek, Waal, Boven-Merwede, Beneden-Merwede, Noord, Oude Maas, Nieuwe Maas et Scheur ainsi que le Nieuwe Waterweg jusqu'à la ligne de base, telle que définie à l'article 5 en relation avec l'article 11 de la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer, la Ketelmeer et l'IJsselmeer;
- b) „Commission“ la Commission Internationale pour la Protection du Rhin (CIPR).

Artikel 2

Geltungsbereich

Der Geltungsbereich dieses Übereinkommens umfasst

- a) den Rhein;
- b) das Grundwasser, das in Wechselwirkung mit dem Rhein steht;
- c) die aquatischen und terrestrischen Ökosysteme, die in Wechselwirkung mit dem Rhein stehen oder deren Wechselwirkung mit dem Rhein wiederhergestellt werden könnte;
- d) das Einzugsgebiet des Rheins, soweit dessen stoffliche Belastung nachteilige Auswirkungen auf den Rhein hat;
- e) das Einzugsgebiet des Rheins, soweit es für die Hochwasservorsorge und den Hochwasserschutz am Rhein von Bedeutung ist.

Artikel 3

Zielsetzungen

Die Vertragsparteien setzen sich mit diesem Übereinkommen folgende Ziele:

1. nachhaltige Entwicklung des Ökosystems Rhein, insbesondere durch
 - a) Erhaltung und Verbesserung der Wasserqualität des Rheins und damit auch der Schwebstoffe, der Sedimente sowie des Grundwassers, indem insbesondere
 - Verunreinigungen durch Schad- und Nährstoffe aus Punktquellen (z.B. aus Industrie und Kommunen), aus diffusen Quellen (z.B. aus Landwirtschaft und Verkehr), auch über das Grundwasser, und aus der Schifffahrt soweit wie möglich vermieden, vermindert oder beseitigt werden;
 - die Sicherheit von Anlagen gewährleistet und verbessert sowie Stör- und Unfälle verhütet werden;
 - b) Schutz der Populationen von Organismen und der Artenvielfalt sowie Reduzierung der Schadstoffbelastung in Organismen;
 - c) Erhaltung, Verbesserung und Wiederherstellung der natürlichen Fließgewässerfunktion; Sicherung von Abflussverhältnissen, die dem natürlichen Geschiebetrieb Rechnung tragen und die Wechselwirkungen zwischen Fluss, Grundwasser und Aue begünstigen; Erhaltung, Schutz und Reaktivierung von Auengebieten als natürliche Überschwemmungsflächen;
 - d) Erhaltung, Verbesserung und Wiederherstellung möglichst natürlicher Lebensräume für wild lebende Tiere und Pflanzen im Wasser, im Sohlen- und Uferbereich sowie in angrenzenden Gebieten, einschließlich der Verbesserung der Lebensbedingungen für Fische und der Wiederherstellung ihrer freien Wanderung;
 - e) Sicherstellung eines ökologisch verträglichen und rationellen Umgangs mit den Wasservorkommen;
 - f) Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse bei technischen Ausbaumaßnahmen am Gewässer wie z.B. im Bereich des Hochwasserschutzes, der Schifffahrt und der Wasserkraftnutzung;
2. Sicherung der Nutzung von Rheinwasser zur Trinkwassergewinnung;
3. Verbesserung der Sedimentqualität für die schadlose Verbringung von Baggergut;
4. ganzheitliche Hochwasservorsorge und Hochwasserschutz unter Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse;

Article 2

Champ d'application

Le champ d'application de la présente Convention englobe

- a) le Rhin;
- b) les eaux souterraines en interaction avec le Rhin;
- c) les écosystèmes aquatiques et terrestres en interaction avec le Rhin ou dont les interactions avec le Rhin pourraient être rétablies;
- d) le bassin versant du Rhin, dans la mesure où la pollution qui y est causée par des substances a des effets dommageables sur le Rhin;
- e) le bassin versant du Rhin lorsqu'il a un rôle important dans la prévention des crues et la protection contre les inondations le long du Rhin.

Article 3

Objectifs

Par la présente Convention, les Parties contractantes poursuivent les objectifs suivants:

1. assurer le développement durable de l'écosystème du Rhin, en particulier
 - a) en préservant et améliorant la qualité des eaux du Rhin, y compris celle des matières en suspension, des sédiments et des eaux souterraines, notamment en veillant à
 - prévenir, réduire ou supprimer dans la mesure du possible les pollutions par les substances nuisibles et les nutriments d'origine ponctuelle (p.ex. industrielle et urbaine), d'origine diffuse (p.ex. agricole et en provenance du trafic) - également celles provenant des eaux souterraines - ainsi que celles dues à la navigation;
 - assurer et améliorer la sécurité des installations et prévenir les incidents et accidents;
 - b) en protégeant les populations d'organismes et la diversité des espèces et en réduisant la contamination par des substances nuisibles dans les organismes;
 - c) en préservant, améliorant et restaurant la fonction naturelle des eaux; en assurant une gestion des débits qui prenne en compte le flux naturel des matières solides et qui favorise les interactions entre le fleuve, les eaux souterraines et les zones alluviales; en préservant, protégeant et réactivant les zones alluviales comme zones d'épannage naturel des crues;
 - d) en préservant, améliorant et restaurant des habitats aussi naturels que possible pour la faune et la flore sauvages dans l'eau, le fond et sur les rives du fleuve ainsi que dans les zones adjacentes, y compris en améliorant l'habitat des poissons et en rétablissant leur libre circulation;
 - e) en assurant une gestion des ressources en eau respectueuse de l'environnement et rationnelle;
 - f) en tenant compte des exigences écologiques lorsque sont mises en œuvre des mesures techniques d'aménagement du cours d'eau, p.ex. pour la protection contre les inondations, la navigation et l'exploitation hydroélectrique;
2. assurer la production d'eau potable à partir des eaux du Rhin;
3. améliorer la qualité des sédiments pour pouvoir déverser ou épandre les matériaux de dragage sans impact négatif sur l'environnement;
4. prévenir les crues et assurer une protection contre les inondations dans un contexte global en tenant compte des exigences écologiques;

5. Entlastung der Nordsee in Abstimmung mit den anderen Maßnahmen zum Schutz dieses Meeresgebietes.

Artikel 4 Grundsätze

Die Vertragsparteien lassen sich dabei von folgenden Grundsätzen leiten:

- a) Prinzip der Vorsorge;
- b) Prinzip der Vorbeugung;
- c) Prinzip, Umweltbeeinträchtigungen mit Vorrang an ihrem Ursprung zu bekämpfen;
- d) Verursacherprinzip;
- e) Prinzip der Nichterhöhung von Beeinträchtigungen;
- f) Prinzip des Ausgleichs bei erheblichen technischen Eingriffen;
- g) Prinzip der nachhaltigen Entwicklung;
- h) Anwendung und Weiterentwicklung des Standes der Technik sowie der besten Umweltpaxis;
- i) Prinzip der Nichtverlagerung von Umweltbelastungen in andere Umweltmedien.

Artikel 5 Verpflichtungen der Vertragsparteien

Zur Verwirklichung der Zielsetzungen nach Artikel 3 und unter Beachtung der Grundsätze nach Artikel 4 gehen die Vertragsparteien folgende Verpflichtungen ein:

1. Sie verstärken ihre Zusammenarbeit und informieren sich gegenseitig insbesondere über die in ihrem Hoheitsgebiet zum Schutz des Rheins durchgeführten Maßnahmen.
2. Sie führen die von der Kommission beschlossenen internationalen Messprogramme und Untersuchungen des Ökosystems Rhein auf ihrem Hoheitsgebiet durch und informieren die Kommission über deren Ergebnisse.
3. Sie führen Untersuchungen durch mit dem Ziel, die Ursachen und die Verursacher von Verschmutzungen festzustellen.
4. Sie ergreifen die ihnen für ihr Hoheitsgebiet erforderlich erscheinenden autonomen Maßnahmen und stellen mindestens sicher, dass
 - a) das Einleiten von Abwasser, das die Gewässerqualität beeinträchtigen kann, einer vorherigen Genehmigung bedarf oder einer allgemein verbindlichen Regelung unterliegt, mit der Begrenzungen der Emissionen festgelegt werden;
 - b) das Einleiten gefährlicher Stoffe schrittweise reduziert wird mit dem Ziel, solche Stoffe nicht mehr einzuleiten;
 - c) die Einhaltung der Genehmigungen oder allgemein verbindlichen Regelungen sowie das Einleiten überwacht werden;
 - d) die Genehmigungen oder allgemein verbindlichen Regelungen regelmäßig überprüft und angepasst werden, soweit erhebliche Fortschritte bei der Entwicklung des Standes der Technik dies ermöglichen oder der Zustand des aufnehmenden Gewässers dies erfordert;
 - e) die Gefahren störfall- oder unfallbedingter Verschmutzungen durch Regelungen soweit wie möglich herabgesetzt und Vorkehrungen für den Notfall getroffen werden;
 - f) technische Eingriffe, die das Ökosystem Rhein erheblich beeinträchtigen können, einer vorherigen Genehmigung mit den erforderlichen Auflagen bedürfen oder einer allgemein verbindlichen Regelung unterliegen.
5. Sie ergreifen die für ihr Hoheitsgebiet erforderlichen Maßnahmen, um die Kommissionsbeschlüsse nach Artikel 11 durchzuführen.

5. contribuer à assainir la mer du Nord en liaison avec les autres actions de protection de cette mer.

Article 4 Principes

A cet effet, les Parties contractantes s'inspirent des principes suivants:

- a) principe de précaution;
- b) principe d'action préventive;
- c) principe de la correction, par priorité à la source;
- d) principe du pollueur-payeur;
- e) principe de la non-augmentation des nuisances;
- f) principe de la compensation en cas d'interventions techniques majeures;
- g) principe du développement durable;
- h) application et développement de l'état de la technique et de la meilleure pratique environnementale;
- i) principe du non-transfert de pollutions de l'environnement d'un milieu à un autre.

Article 5 Engagements des Parties contractantes

Afin d'atteindre les objectifs cités à l'article 3 et en observation des principes cités à l'article 4, les Parties contractantes s'engagent:

1. à renforcer leur coopération et à s'informer réciproquement, notamment sur les actions réalisées sur leur territoire en vue de protéger le Rhin;
2. à mettre en œuvre sur leur territoire les programmes de mesure internationaux et les études de l'écosystème Rhin décidés par la Commission et à informer la Commission de leurs résultats;
3. à procéder à des analyses dans le but d'identifier les causes et les responsables de pollutions;
4. à engager sur leur territoire les actions autonomes qu'elles jugent nécessaires et à assurer pour le moins de
 - a) soumettre le rejet d'eaux usées susceptible d'avoir un impact sur la qualité des eaux à une autorisation préalable ou à une réglementation générale où sont fixées des limites des émissions;
 - b) réduire progressivement les rejets de substances dangereuses dans le but de ne plus rejeter de telles substances;
 - c) surveiller le respect des autorisations ou des réglementations générales ainsi que le rejet;
 - d) vérifier et adapter périodiquement les autorisations ou les réglementations générales dans la mesure où des changements substantiels de l'état de la technique le permettent ou l'état du milieu récepteur le rend nécessaire;
 - e) réduire le plus possible par le biais de réglementations les risques de pollution due à des incidents ou accidents et prendre les dispositions requises en cas d'urgence;
 - f) soumettre les interventions techniques susceptibles de porter gravement atteinte à l'écosystème à une autorisation préalable assortie des obligations requises ou à une réglementation générale;
5. à engager les actions nécessaires sur leur territoire pour mettre en œuvre les décisions de la Commission conformément à l'article 11;

6. Sie unterrichten bei Stör- oder Unfällen, deren Auswirkungen geeignet sind, die Gewässerqualität des Rheins zu bedrohen, oder bei sich abzeichnenden Hochwasserereignissen unverzüglich die Kommission und die Vertragsparteien, die davon betroffen sein können, nach den von der Kommission koordinierten Warn- und Alarmplänen.

Artikel 6

Kommission

1. Zur Durchführung dieses Übereinkommens arbeiten die Vertragsparteien weiterhin in der Kommission zusammen.

2. Die Kommission besitzt Rechtspersönlichkeit. Insbesondere besitzt sie im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien die Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen nach innerstaatlichem Recht zuerkannt wird. Sie wird von ihrem Präsidenten vertreten.

3. Auf Arbeits- und Sozialfragen findet das am Ort des Sitzes geltende Recht Anwendung.

Artikel 7

Organisation der Kommission

1. Die Kommission besteht aus den Delegationen der Vertragsparteien. Jede Vertragspartei benennt ihre Delegierten, von denen einer Delegationsleiter ist.

2. Die Delegationen können Sachverständige beiziehen.

3. Der Vorsitz in der Kommission wird für drei Jahre abwechselnd von jeder Delegation in der in der Präambel aufgeführten Reihenfolge der Vertragsparteien wahrgenommen. Die Delegation, die den Vorsitz führt, benennt den Präsidenten der Kommission. Der Präsident tritt nicht als Sprecher seiner Delegation auf.

Falls eine Vertragspartei auf ihren Vorsitz verzichtet, rückt die nächstfolgende Vertragspartei im Vorsitz nach.

4. Die Kommission gibt sich eine Geschäfts- und Finanzordnung.

5. Die Kommission beschließt über die organisationsinternen Maßnahmen, die notwendig erachtete Arbeitsstruktur und den jährlichen Haushalt.

Artikel 8

Aufgaben der Kommission

1. Zur Verwirklichung der Zielsetzungen nach Artikel 3 hat die Kommission folgende Aufgaben:

- a) Sie bereitet internationale Messprogramme und Untersuchungen des Ökosystems Rhein vor und wertet deren Ergebnisse aus, wobei sie mit wissenschaftlichen Institutionen zusammenarbeiten kann.
- b) Sie erarbeitet Vorschläge für einzelne Maßnahmen und Maßnahmenprogramme, gegebenenfalls unter Einbeziehung marktwirtschaftlicher Instrumente und unter Berücksichtigung der dabei zu erwartenden Kosten.
- c) Sie koordiniert die Warn- und Alarmpläne der Vertragsstaaten für den Rhein.
- d) Sie bewertet die Wirksamkeit der beschlossenen Maßnahmen insbesondere auf der Grundlage der Berichte der Vertragsparteien und der Ergebnisse von Messprogrammen und Untersuchungen des Ökosystems Rhein.
- e) Sie erfüllt weitere, ihr von den Vertragsparteien übertragene Aufgaben.

2. Zu diesem Zweck fasst die Kommission Beschlüsse nach den Artikeln 10 und 11.

3. Die Kommission erstattet den Vertragsparteien jährlich einen Tätigkeitsbericht.

6. à avertir sans retard, en cas d'incidents ou accidents dont les effets pourraient présenter un risque pour la qualité des eaux du Rhin ou en cas de crues imminentes, la Commission et les Parties contractantes susceptibles d'en être affectées, selon les plans d'avertissement et d'alerte coordonnés par la Commission.

Article 6

Commission

1. Pour la mise en œuvre de la présente Convention, les Parties contractantes poursuivent leur coopération dans le cadre de la Commission.

2. La Commission a la personnalité juridique. Sur le territoire des Parties contractantes, elle jouit en particulier de la capacité juridique reconnue aux personnes morales par le droit national. Elle est représentée par son président.

3. Le droit en vigueur au siège s'applique aux questions de la législation du travail et aux questions sociales.

Article 7

Organisation de la Commission

1. La Commission est composée des délégations des Parties contractantes. Chaque Partie contractante désigne ses délégués dont un chef de délégation.

2. Les délégations peuvent s'adjoindre des experts.

3. La présidence de la Commission est assurée pour trois ans successivement par chaque délégation dans l'ordre des Parties contractantes tel qu'il figure dans le préambule. La délégation qui assume la présidence désigne le président de la Commission. Le président n'intervient pas comme porte-parole de sa délégation.

Si une Partie contractante renonce à l'exercice de sa présidence, celle-ci sera assumée par la Partie contractante suivante.

4. La Commission établit son règlement intérieur et financier.

5. La Commission décide des mesures d'organisation interne, de la structure de travail qu'elle juge nécessaire et du budget annuel de fonctionnement.

Article 8

Tâches de la Commission

1. Pour permettre d'atteindre les objectifs fixés à l'article 3, la Commission s'acquitte des tâches suivantes:

- a) elle prépare les programmes internationaux de mesure et les études de l'écosystème Rhin et en exploite les résultats en coopération, si nécessaire, avec des institutions scientifiques;
- b) elle élabore des propositions d'actions individuelles et de programmes d'actions en y intégrant éventuellement des instruments économiques et en tenant compte des coûts attendus;
- c) elle coordonne les plans d'avertissement et d'alerte des Etats contractants sur le Rhin;
- d) elle évalue l'efficacité des actions décidées, notamment sur la base des rapports des Parties contractantes et des résultats des programmes de mesure et des études de l'écosystème Rhin;
- e) elle remplit d'autres tâches qui lui sont confiées par les Parties contractantes.

2. A cet effet, la Commission prend des décisions conformément aux articles 10 et 11.

3. La Commission fournit un rapport d'activité annuel aux Parties contractantes.

4. Die Kommission informiert die Öffentlichkeit über den Zustand des Rheins und die Ergebnisse ihrer Arbeit. Sie kann Berichte erstellen und veröffentlichen.

Artikel 9

Plenarsitzungen der Kommission

1. Die Kommission tritt einmal jährlich nach Einberufung durch den Präsidenten zu einer Plenarsitzung zusammen.
2. Außerordentliche Plenarsitzungen werden vom Präsidenten auf eigene Initiative oder auf Verlangen von mindestens zwei Delegationen einberufen.
3. Der Präsident schlägt die Tagesordnung vor. Jede Delegation hat das Recht, die Punkte, deren Behandlung sie wünscht, auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

Artikel 10

Beschlussfassung der Kommission

1. Beschlüsse der Kommission werden einstimmig gefasst.
2. Jede Delegation hat eine Stimme.
3. Fallen Maßnahmen nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b), die von den Vertragsparteien durchzuführen sind, in den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Gemeinschaft, so übt die Europäische Gemeinschaft, ungeachtet des Absatzes 2, ihr Stimmrecht mit soviel Stimmen aus, wie sie Mitgliedstaaten hat, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind. Die Europäische Gemeinschaft übt ihr Stimmrecht nicht aus, wenn die Mitgliedstaaten ihr jeweiliges Stimmrecht ausüben und umgekehrt.
4. Stimmenthaltung von nicht mehr als einer Delegation steht der Einstimmigkeit nicht entgegen. Dies gilt nicht für die Delegation der Europäischen Gemeinschaft. Abwesenheit einer Delegation gilt als Stimmenthaltung.
5. Die Geschäftsordnung kann ein schriftliches Verfahren vorsehen.

Artikel 11

Durchführung der Kommissionsbeschlüsse

1. Die Kommission richtet ihre Beschlüsse über Maßnahmen nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b) als Empfehlungen an die Vertragsparteien. Die Durchführung erfolgt nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien.
 2. Die Kommission kann festlegen, dass diese Beschlüsse
 - a) von den Vertragsparteien innerhalb eines Zeitplans durchgeführt werden sollen;
 - b) koordiniert durchgeführt werden sollen.
 3. Die Vertragsparteien berichten der Kommission regelmäßig über
 - a) die gesetzgeberischen, verordnungsrechtlichen oder sonstigen Maßnahmen, die sie zur Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens und auf Grund der Kommissionsbeschlüsse getroffen haben;
 - b) die Ergebnisse der nach Buchstabe a) getroffenen Maßnahmen;
 - c) die Probleme, die bei der Durchführung der Maßnahmen nach Buchstabe a) auftreten.
 4. Kann eine Vertragspartei die Beschlüsse der Kommission nicht oder nur teilweise durchführen, so teilt sie dies innerhalb einer bestimmten, im Einzelfall von der Kommission festzulegenden Frist mit und legt ihre Gründe dar. Jede Delegation kann Konsultationen beantragen; einem solchen Antrag ist innerhalb einer Frist von zwei Monaten zu entsprechen.
- Die Kommission kann auf Grund der Berichte der Vertragsparteien oder auf Grund der Konsultationen Maßnahmen beschließen, um die Durchführung der Beschlüsse zu fördern.

4. La Commission informe le public de l'état du Rhin et des résultats de ses travaux. Elle peut établir et publier des rapports.

Article 9

Assemblées plénières de la Commission

1. La Commission se réunit en Assemblée plénière ordinaire une fois par an sur convocation de son président.
2. Des Assemblées plénières extraordinaires sont convoquées par le président, à son initiative ou à la demande d'au moins deux délégations.
3. Le président propose l'ordre du jour. Chaque délégation a le droit de faire inscrire à l'ordre du jour les points qu'elle désire voir traités.

Article 10

Prise de décision par la Commission

1. Les décisions de la Commission sont prises à l'unanimité.
2. Chaque délégation a une voix.
3. Si des actions à mettre en œuvre par les Parties contractantes conformément à l'article 8 paragraphe 1 alinéa b relèvent de la compétence de la Communauté européenne, cette dernière exerce son droit de vote avec un nombre de voix égal au nombre de ses Etats membres qui sont Parties contractantes à la présente Convention, nonobstant le paragraphe 2. La Communauté européenne n'exerce pas son droit de vote dans les cas où ses Etats membres exercent le leur et réciproquement.
4. L'abstention d'une seule délégation ne fait pas obstacle à l'unanimité. Cette disposition ne s'applique pas à la délégation de la Communauté européenne. L'absence d'une délégation équivaut à une abstention.
5. Le règlement intérieur peut prévoir une procédure écrite.

Article 11

Mise en œuvre des décisions de la Commission

1. La Commission adresse aux Parties contractantes, sous forme de recommandations, ses décisions relatives aux actions prévues à l'article 8, paragraphe 1, alinéa b, qui sont mises en œuvre conformément au droit interne des Parties contractantes.
 2. La Commission peut arrêter que ces décisions
 - a) devront être appliquées par les Parties contractantes selon un calendrier;
 - b) devront être mises en œuvre de manière coordonnée.
 3. Les Parties contractantes font régulièrement rapport à la Commission sur
 - a) les mesures législatives, réglementaires ou autres qu'elles ont prises en vue de la mise en œuvre des dispositions de la présente Convention et sur la base des décisions de la Commission;
 - b) les résultats des actions mises en œuvre conformément à l'alinéa a;
 - c) les problèmes que pose la mise en œuvre des actions visées à l'alinéa a.
 4. Si une Partie contractante ne peut mettre en œuvre les décisions de la Commission en tout ou partie, elle en fait rapport dans un délai précis à fixer au cas par cas par la Commission et en présente les raisons. Toute délégation peut déposer une demande de consultation à laquelle il doit être donné suite dans un délai de deux mois.
- Sur la base des rapports des Parties contractantes ou des consultations, la Commission peut décider que soient engagées des actions en vue de promouvoir l'application des décisions.

5. Die Kommission führt eine Liste ihrer an die Vertragsparteien gerichteten Beschlüsse. Die Vertragsparteien ergänzen die Liste der Kommission jährlich, spätestens zwei Monate vor der Plenarsitzung der Kommission, durch Angaben über den Stand der Durchführung der Kommissionsbeschlüsse.

Artikel 12

Sekretariat der Kommission

1. Die Kommission hat ein ständiges Sekretariat, das die ihm von der Kommission übertragenen Aufgaben erfüllt und von einem Geschäftsführer geleitet wird.
2. Die Vertragsparteien legen den Sitz des Sekretariats fest.
3. Die Kommission benennt den Geschäftsführer.

Artikel 13

Kostenaufteilung

1. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihrer Vertretung in der Kommission und in deren Arbeitsstruktur, und jeder Vertragsstaat trägt die Kosten der Untersuchungen und Maßnahmen, die er in seinem Hoheitsgebiet durchführt.
2. Die Kostenaufteilung zwischen den Vertragsparteien für den jährlichen Haushalt wird in der Geschäfts- und Finanzordnung der Kommission festgelegt.

Artikel 14

Zusammenarbeit mit anderen Staaten, anderen Organisationen und externen Experten

1. Die Kommission arbeitet mit anderen zwischenstaatlichen Organisationen zusammen und kann Empfehlungen an sie richten.
2. Die Kommission kann als Beobachter anerkennen:
 - a) Staaten, die ein Interesse an der Arbeit der Kommission haben;
 - b) zwischenstaatliche Organisationen, deren Arbeiten in Zusammenhang mit dem Übereinkommen stehen;
 - c) nichtstaatliche Organisationen, soweit deren Interessen oder Aufgaben betroffen sind.
3. Die Kommission tauscht Informationen mit nichtstaatlichen Organisationen aus, soweit deren Interessen oder Aufgaben betroffen sind. Insbesondere holt die Kommission die Stellungnahmen dieser Organisationen vor Beschlussfassung ein, wenn Beschlüsse gefasst werden sollen, die für diese Organisationen von erheblicher Bedeutung sein können, und informiert diese nach Beschlussfassung.
4. Die Beobachter können der Kommission Informationen oder Berichte, die für die Ziele des Übereinkommens von Belang sind, vorlegen. Sie können eingeladen werden, an Sitzungen der Kommission ohne Stimmrecht teilzunehmen.
5. Die Kommission kann beschließen, sachverständige Vertreter der anerkannten nichtstaatlichen Organisationen oder andere Experten beizuziehen und sie zu Sitzungen der Kommission einzuladen.
6. Die Geschäfts- und Finanzordnung regelt die Bedingungen für die Zusammenarbeit sowie die erforderlichen Zulassungs- und Teilnahmebedingungen.

Artikel 15

Arbeitssprachen

Arbeitssprachen der Kommission sind Deutsch, Französisch und Niederländisch. Näheres regelt die Geschäfts- und Finanzordnung.

5. La Commission établit une liste de ses décisions adressées aux Parties contractantes. Les Parties contractantes complètent annuellement la liste de la Commission, en actualisant l'état de mise en œuvre des décisions de la Commission, au plus tard deux mois avant l'Assemblée plénière de la Commission.

Article 12

Secrétariat de la Commission

1. La Commission dispose d'un secrétariat permanent qui remplit les tâches qui lui sont déléguées par la Commission et qui est dirigé par un chef de secrétariat.
2. Les Parties contractantes fixent le siège du secrétariat.
3. La Commission désigne le chef du secrétariat.

Article 13

Répartition des frais

1. Chaque Partie contractante supporte les frais de sa représentation au sein de la Commission et de sa structure de travail et chaque Etat contractant supporte les frais des études et des actions qu'il mène sur son propre territoire.
2. La répartition des frais afférents au budget annuel de fonctionnement entre les Parties contractantes est fixée dans le règlement intérieur et financier de la Commission.

Article 14

Coopération avec d'autres Etats, d'autres organisations et des experts externes

1. La Commission coopère avec d'autres organisations intergouvernementales et peut leur adresser des recommandations.
2. La Commission peut reconnaître comme observateurs:
 - a) les Etats qui ont un intérêt aux travaux de la Commission;
 - b) les organisations intergouvernementales dont les travaux sont en relation avec la Convention;
 - c) les organisations non gouvernementales, dans la mesure où leurs domaines d'intérêt ou leurs activités sont concernés.
3. La Commission échange des informations avec des organisations non gouvernementales, dans la mesure où leurs domaines d'intérêt ou leurs activités sont concernés. La Commission recueille notamment l'avis de ces organisations avant délibération, si des décisions susceptibles d'avoir un impact important pour ces organisations doivent être prises, et les informe ensuite dès que ces décisions ont été prises.
4. Les observateurs peuvent soumettre à la Commission des informations ou rapports qui présentent un intérêt pour les objectifs de la Convention. Ils peuvent être invités à participer à des réunions de la Commission sans disposer d'un droit de vote.
5. La Commission peut décider de consulter des représentants spécialisés des organisations non gouvernementales reconnues ou d'autres experts et de les inviter à des réunions de la Commission.
6. Le règlement intérieur et financier fixe les conditions de coopération ainsi que les conditions d'admission et de participation requises.

Article 15

Langues de travail

L'allemand, le français et le néerlandais sont langues de travail de la Commission. Le règlement intérieur et financier en définit les modalités.

Artikel 16**Streitbeilegung**

1. Wenn sich zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens eine Streitigkeit ergibt, so bemühen sie sich durch Verhandlungen oder durch ein anderes Verfahren der Streitbeilegung, das den Streitparteien annehmbar erscheint, eine Lösung herbeizuführen.

2. Kann die Streitigkeit auf diesem Wege nicht beigelegt werden, so wird, sofern die Streitparteien nichts anderes beschließen, auf Antrag einer Streitpartei ein Schiedsverfahren nach Maßgabe des Anhangs zu diesem Übereinkommen durchgeführt, der Bestandteil des Übereinkommens ist.

Artikel 17**Inkrafttreten**

Jede Vertragspartei notifiziert der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, dass die Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Übereinkommens erfüllt sind. Die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bestätigt den Empfang der Notifikationen und unterrichtet davon auch die anderen Vertragsparteien. Das Übereinkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Empfang der letzten Notifikation in Kraft.

Artikel 18**Kündigung**

1. Nach Ablauf von drei Jahren nach seinem Inkrafttreten kann dieses Übereinkommen jederzeit von jeder Vertragspartei durch eine an die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu richtende schriftliche Erklärung gekündigt werden.

2. Eine Kündigung wird mit Ablauf des auf die Kündigung folgenden Jahres wirksam.

Artikel 19**Aufhebung und Fortgeltung
bisherigen Rechts**

1. Mit dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens treten unbeschadet der Absätze 2 und 3 außer Kraft:

- a) die Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung;
- b) die Zusatzvereinbarung vom 3. Dezember 1976 zur Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung;
- c) das Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung.

2. Die auf Grund der Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung und der Zusatzvereinbarung vom 3. Dezember 1976 sowie der Vereinbarung vom 3. Dezember 1976 zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung angenommenen Beschlüsse, Empfehlungen, Grenzwerte und sonstigen Übereinkünfte sind ohne Änderung ihrer Rechtsnatur weiterhin anwendbar, soweit sie von der Kommission nicht ausdrücklich aufgehoben werden.

3. Die Aufteilung der Kosten für den jährlichen Haushalt nach Artikel 12 der Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung, geändert durch die Zusatzvereinbarung vom 3. Dezember 1976, bleibt so lange in Kraft, bis die Kommission in der Geschäfts- und Finanzordnung eine Aufteilung festgelegt hat.

Article 16**Règlement des différends**

1. En cas de différend entre des Parties contractantes quant à l'interprétation ou à l'application de la Convention, ces Parties recherchent une solution par voie de négociation ou par toute autre méthode de règlement des différends qu'elles jugent acceptable.

2. Si le différend ne peut être réglé de cette façon, il est, sauf si les parties au différend en disposent autrement, soumis, à la requête de l'une d'entre elles, à l'arbitrage conformément aux dispositions de l'annexe de la présente Convention, qui est partie intégrante de cette Convention.

Article 17**Entrée en vigueur**

Chaque Partie contractante notifie au Gouvernement de la Confédération Suisse l'achèvement des procédures requises pour la mise en vigueur de la présente Convention. Le Gouvernement de la Confédération Suisse donne confirmation de la réception des notifications et informe également les autres Parties contractantes. La Convention entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la réception de la dernière notification.

Article 18**Dénonciation**

1. A l'expiration d'un délai de trois ans après sa mise en vigueur, la présente Convention peut être dénoncée à tout moment par chacune des Parties contractantes par une déclaration écrite adressée au Gouvernement de la Confédération Suisse.

2. La dénonciation de la Convention prend effet à la fin de l'année suivant l'année de la dénonciation.

Article 19**Abrogation et maintien
du droit en vigueur**

1. Sont abrogés à l'entrée en vigueur de la présente Convention, nonobstant les paragraphes 2 et 3 du présent article:

- a) l'Accord du 29 avril 1963 concernant la Commission Internationale pour la Protection du Rhin contre la pollution;
- b) l'Accord additionnel du 3 décembre 1976 à l'Accord du 29 avril 1963 concernant la Commission Internationale pour la Protection du Rhin contre la pollution;
- c) la Convention du 3 décembre 1976 relative à la protection du Rhin contre la pollution chimique.

2. Les décisions, recommandations, valeurs limites et autres arrangements adoptés sur la base de l'Accord du 29 avril 1963 concernant la Commission Internationale pour la Protection du Rhin contre la pollution et l'Accord additionnel du 3 décembre 1976, ainsi que sur la base de la Convention du 3 décembre 1976 relative à la protection du Rhin contre la pollution chimique, restent applicables sans changement de leur nature juridique, dans la mesure où ils ne sont pas abrogés explicitement par la Commission.

3. La répartition des frais afférents au budget annuel de fonctionnement définie à l'article 12 de l'Accord du 29 avril 1963 concernant la Commission Internationale pour la Protection du Rhin contre la pollution, modifiée par l'accord additionnel du 3 décembre 1976, reste en vigueur jusqu'à ce que la Commission ait fixé une répartition dans le règlement intérieur et financier.

Artikel 20

Urschrift und Hinterlegung

Dieses Übereinkommen, das in deutscher, französischer und niederländischer Sprache abgefasst ist, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt; diese übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.

Geschehen zu Bern am 12. April 1999.

Article 20

Texte original et dépôt

La présente Convention rédigée en langues allemande, française et néerlandaise, les trois textes faisant également foi, est déposée auprès du Gouvernement de la Confédération Suisse qui en remet une copie certifiée conforme à chacune des Parties contractantes.

Fait à Berne, le 12 avril 1999.

Für die Regierungen
Pour les Gouvernements

der Bundesrepublik Deutschland:
de la République fédérale d'Allemagne:

Klaus Bald
Fritz Holzwarth

der Französischen Republik:
de la République Française:

A. Gadaud

des Großherzogtums Luxemburg:
du Grand-Duché de Luxembourg:

Hansen

des Königreichs der Niederlande:
du Royaume des Pays-Bas:

R. H. Dekker

der Schweizerischen Eidgenossenschaft:
de la Confédération Suisse:

Roch

Für die Europäische Gemeinschaft:
Pour la Communauté européenne:

Helmut Blösch

Schiedsverfahren
Arbitrage

1. Sofern die Streitparteien nichts anderes beschließen, bestimmt sich das Schiedsverfahren nach diesem Anhang.

2. Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern; sowohl die klagende als auch die beklagte Streitpartei bestellen je einen Schiedsrichter; die beiden so bestellten Schiedsrichter bestimmen einvernehmlich den dritten Schiedsrichter, der als Obmann des Schiedsgerichts tätig wird.

Ist der Obmann des Schiedsgerichts nicht binnen zwei Monaten nach Ernennung des zweiten Schiedsrichters bestellt worden, so bestellt ihn der Präsident des Internationalen Gerichtshofs auf Antrag der zuerst handelnden Partei binnen weiterer zwei Monate.

3. Hat eine der Streitparteien nicht binnen zwei Monaten nach Empfang des Antrags nach Artikel 16 des Übereinkommens einen Schiedsrichter bestellt, so kann die andere Partei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs befragen, der den Obmann des Schiedsgerichts binnen weiterer zwei Monate bestellt. Sobald der Obmann des Schiedsgerichts ernannt ist, fordert er die Partei, die noch keinen Schiedsrichter bestellt hat, auf, dies binnen zwei Monaten zu tun. Nach Ablauf dieser Frist befasst er den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs, der diese Ernennung binnen weiterer zwei Monate vornimmt.

4. Ist der Präsident des Internationalen Gerichtshofs in den in den vorstehenden Absätzen erwähnten Fällen verhindert oder ist er Staatsangehöriger einer der Streitparteien, so obliegt die Bestellung des Obmanns des Schiedsgerichts oder die Ernennung des Schiedsrichters dem Vizepräsidenten des Gerichtshofs oder dem dienstältesten Mitglied des Gerichtshofs, die nicht verhindert und nicht Staatsangehörige einer Streitpartei sind.

5. Diese Bestimmungen finden sinngemäß bei der Besetzung frei werdender Stellen Anwendung.

6. Das Schiedsgericht entscheidet nach den Regeln des Völkerrechts und insbesondere nach den Vorschriften des Übereinkommens.

7. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sowohl in Verfahrens- als auch in materiellen Fragen werden mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder getroffen; die Abwesenheit oder die Stimmenenthaltung eines von den Parteien bestellten Mitglieds des Gerichts hindert das Gericht nicht, zu entscheiden. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Obmanns den Ausschlag. Die Entscheidungen des Gerichts sind für die Parteien bindend. Diese tragen die Kosten für den von ihnen bestellten Schiedsrichter und teilen sich zu gleichen Teilen die anderen Kosten. Für die weiteren Fragen gibt sich das Schiedsgericht eine Verfahrensordnung.

8. Im Fall von Streitigkeiten zwischen zwei Vertragsparteien, von denen nur eine ein Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft ist – die ihrerseits selbst Vertragspartei ist –, richtet die andere Partei den entsprechenden Antrag gleichzeitig an diesen Mitgliedstaat und an die Gemeinschaft, die dieser Partei gemeinsam innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Empfang des Antrags mitteilen, ob der Mitgliedstaat, die Gemeinschaft oder der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft gemeinsam als Streitpartei auftreten. Ergeht eine solche Mitteilung nicht innerhalb dieser Frist, so gelten der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft für die Anwendung dieses Anhangs als ein und dieselbe Streitpartei. Das gleiche gilt, wenn der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft gemeinsam als Streitpartei auftreten.

1. A moins que les parties au différend n'en disposent autrement, la procédure d'arbitrage est conduite conformément aux dispositions de la présente annexe.

2. Le tribunal arbitral est composé de trois membres. La partie plaignante et la partie défenderesse nomment chacune un arbitre. Les deux arbitres ainsi nommés désignent d'un commun accord le troisième arbitre qui assume la présidence du tribunal.

Si, au terme d'un délai de deux mois à compter de la désignation du deuxième arbitre, le président du tribunal n'a pas été désigné, le président de la Cour internationale de justice procède, à la requête de la partie la plus diligente, dans un nouveau délai de deux mois, à sa désignation.

3. Si, dans un délai de deux mois après la réception de la requête prévue à l'article 16 de la Convention, l'une des parties au différend n'a pas procédé à la désignation qui lui incombe d'un membre du tribunal, l'autre partie peut saisir le président de la Cour internationale de justice qui désigne le président du tribunal arbitral dans un nouveau délai de deux mois. Dès sa désignation, le président du tribunal arbitral demande à la partie qui n'a pas nommé d'arbitre de le faire dans un délai de deux mois. Passé ce délai, il saisit le président de la Cour internationale de justice qui procède à cette nomination dans un nouveau délai de deux mois.

4. Si, dans les cas visés aux paragraphes précédents, le président de la Cour internationale de justice se trouve empêché ou s'il est ressortissant de l'une des parties au différend, la désignation du président du tribunal arbitral ou la nomination de l'arbitre incombe au vice-président de la Cour ou au membre le plus ancien de la Cour qui ne se trouve pas empêché et qui n'est pas ressortissant de l'une des parties au différend.

5. Les dispositions qui précèdent s'appliquent par analogie pour pourvoir aux sièges devenus vacants.

6. Le tribunal arbitral statue selon les règles du droit international et, en particulier, selon les dispositions de la Convention.

7. Les décisions du tribunal arbitral, tant sur la procédure que sur le fond, sont prises à la majorité des voix de ses membres, l'absence ou l'abstention d'un des membres du tribunal désignés par les parties n'empêchant pas le tribunal de statuer. En cas de partage égal des voix, la voix du président est prépondérante. Les décisions du tribunal lient les parties. Celles-ci supportent les frais de l'arbitre qu'elles ont désigné et se partagent à part égale les autres frais. Sur les autres points, le tribunal arbitral règle lui-même sa procédure.

8. En cas de différend entre deux Parties contractantes dont une seule est un Etat membre de la Communauté européenne, elle-même Partie contractante, l'autre Partie adresse la requête, à la fois à cet Etat membre et à la Communauté, qui lui notifie conjointement, dans un délai de deux mois après la réception de la requête, si l'Etat membre, la Communauté ou l'Etat membre et la Communauté conjointement se constituent partie au différend. A défaut d'une telle notification dans ledit délai, l'Etat membre et la Communauté sont réputés n'être qu'une seule et même partie au différend pour l'application des dispositions de la présente annexe. Il en est de même lorsque l'Etat membre et la Communauté se constituent conjointement partie au différend.

Unterzeichnungsprotokoll

Protocole de signature

Bei der Unterzeichnung des Übereinkommens zum Schutz des Rheins sind sich die Delegationsleiter der IKSR über folgendes einig:

1. Durch das Übereinkommen werden nicht berührt:
 - a) das Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride;
 - b) der Briefwechsel vom 29. April/13. Mai 1983 zum genannten Übereinkommen, in Kraft getreten am 5. Juli 1985;
 - c) die Erklärung der Delegationsleiter der Regierungen, die Vertragsparteien der Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung sind, vom 11. Dezember 1986;
 - d) das Zusatzprotokoll vom 25. September 1991 zum Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride;
 - e) die Erklärung der Delegationsleiter der Regierungen, die Vertragsparteien der Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung sind, vom 25. September 1991.
2. „Stand der Technik“ und „beste verfügbare Technologie“ sind synonyme Begriffe und diese sowie der Begriff „beste Umweltpraxis“ sind im Rahmen des Übereinkommens zum Schutz des Rheins so zu verstehen, wie im Übereinkommen vom 17. März 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen (Anhänge I und II) sowie im Übereinkommen vom 22. September 1992 zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (Anhang 1) beschrieben.

3. Koblenz bleibt Sitz der Kommission.

Lors de la signature de la Convention sur la protection du Rhin, les chefs de délégation au sein de la CIPR sont convenus des points suivants:

1. Ne sont pas affectés par la Convention:
 - a) la Convention du 3 décembre 1976 relative à la protection du Rhin contre la pollution par les chlorures;
 - b) l'Echange de lettres du 29 avril/13 mai 1983 concernant ladite Convention, entré en vigueur le 5 juillet 1985;
 - c) la Déclaration du 11 décembre 1986 des chefs de délégation des Gouvernements qui sont Parties contractantes de l'Accord du 29 avril 1963 concernant la Commission Internationale pour la Protection du Rhin contre la pollution;
 - d) le Protocole additionnel du 25 septembre 1991 concernant la Convention du 3 décembre 1976 relative à la protection du Rhin contre la pollution par les chlorures;
 - e) la Déclaration du 25 septembre 1991 des chefs de délégation des Gouvernements Parties à l'Accord du 29 avril 1963 concernant la Commission Internationale pour la Protection du Rhin contre la pollution.
2. L'«état de la technique» et la «meilleure technologie disponible» sont des expressions synonymes et doivent, au même titre que l'expression «meilleures pratiques environnementales», être entendues dans le cadre de la Convention sur la Protection du Rhin au sens où elles le sont dans la Convention du 17 mars 1992 sur la protection et l'utilisation des cours d'eau transfrontières et des lacs internationaux (annexes I et II) et la Convention du 22 septembre 1992 pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du Nord-Est (appendice 1).

3. Coblenz reste siège de la Commission.

4. Für eine Beilegung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die keinen anderen Staat betreffen, kommt Artikel 219 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft zur Anwendung.

4. Pour tout règlement d'un différend entre Etats membres de la Communauté européenne n'impliquant pas un autre Etat, l'article 219 du Traité instituant la Communauté européenne s'applique.

Geschehen zu Bern am 12. April 1999.

Fait à Berne, le 12 avril 1999.

Für die Regierungen
Pour les Gouvernements

der Bundesrepublik Deutschland:
de la République fédérale d'Allemagne:

Klaus Bald
Fritz Holzwarth

der Französischen Republik:
de la République Française:

A. Gadaud

des Großherzogtums Luxemburg:
du Grand-Duché de Luxembourg:

Hansen

des Königreichs der Niederlande:
du Royaume des Pays-Bas:

R. H. Dekker

der Schweizerischen Eidgenossenschaft:
de la Confédération Suisse:

Rösch

Für die Europäische Gemeinschaft:
Pour la Communauté européenne:

Helmut Blösch

Denkschrift zu dem Übereinkommen zum Schutz des Rheins

I. Allgemeines

Das am 12. April 1999 in Bern unterzeichnete Übereinkommen zum Schutz des Rheins spiegelt den integrierten und nachhaltigen Ansatz der neuen Rheinschutzpolitik wider.

Mit den Regelungen über die verstärkte Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen wird der seit mehreren Jahren erprobte und positiv bewertete Informationsaustausch bestätigt, institutionalisiert und intensiviert.

Es findet eine Rechtsvereinfachung statt durch Aufhebung des Rhein-Chemieübereinkommens vom 3. Dezember 1976 unter Einbeziehung seiner unverzichtbaren Elemente.

Den Beschlüssen der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins kommt weiterhin nur der Charakter von – wenn auch politisch bedeutsamen – Empfehlungen zu. Dies muss im Hinblick auf die Formulierung und Verfolgung umweltpolitischer Zielsetzungen nicht nachteilig sein. Bindende Beschlüsse wären zudem aus verfassungsrechtlichen Gründen problematisch (Zuständigkeit der Gesetzgebungsorgane von Bund und Ländern). Durch die Möglichkeiten verstärkter Berichtspflichten und durch Zeitpläne wird der Druck zur innerstaatlichen Umsetzung erhöht.

Insgesamt schafft das neue Übereinkommen einen flexiblen, an den in anderen jüngeren internationalen Umweltschutzübereinkommen festgelegten umweltpolitischen Grundsätzen orientierten rechtlichen Rahmen für die künftige Arbeit der IKSR im Rheineinzugsgebiet, ohne umfangreiche konkrete materielle Verpflichtungen der Vertragsparteien zu begründen.

Das neue Übereinkommen entwickelt die Grundlagen der Zusammenarbeit in der IKSR fort. Es erweitert den Geltungsbereich (z.B. im Hinblick auf das Grundwasser, das in Wechselwirkung mit dem Rhein steht), legt neue gewässerschutzpolitische Zielsetzungen (wie weitere Verbesserung des ökologischen Zustandes, ganzheitliche Hochwasservorsorge und Hochwasserschutz unter Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse, Erhalt, Verbesserung und Wiederherstellung möglichst natürlicher Fließgewässerfunktion) und die modernen umweltpolitischen Grundsätze fest und verleiht den Beschlüssen der Kommission mehr Gewicht.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Artikel 1 definiert die Begriffe „Rhein“ und „Kommission“.

Zu Artikel 2

In diesem Artikel wird der Geltungsbereich des Übereinkommens neu definiert.

Neben dem Rhein werden auch das Grundwasser und alle aquatischen und terrestrischen Ökosysteme in das Übereinkommen zum Schutz des Rheins einbezogen, die in Wechselwirkung mit dem Rhein stehen. Außerdem wird das Einzugsgebiet des Rheins erfasst, soweit dessen stoffliche Belastung nachteilige Auswirkungen auf den

Rhein hat, und soweit dieses Einzugsgebiet für die Hochwasservorsorge und den Hochwasserschutz am Rhein von Bedeutung ist. Hiermit wird die Grundlage für eine den heutigen Anforderungen an die nachhaltige Bewirtschaftung von Flussgebieten gerecht werdende integrierte Rheinschutzpolitik geschaffen.

Zu Artikel 3

Artikel 3 erweitert die Zielsetzungen zur nachhaltigen Entwicklung des Ökosystems Rhein: weitere Verbesserung des ökologischen Zustandes, ganzheitliche Hochwasservorsorge und Hochwasserschutz unter Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse, Erhalt, Verbesserung und Wiederherstellung möglichst natürlicher Lebensräume und der Fließgewässerfunktion.

Zu Artikel 4

Die im nationalen, europäischen und internationalen Umweltrecht entwickelten, allgemein anerkannten Grundsätze werden aufgenommen, einschließlich des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung und des Prinzips des Ausgleichs bei erheblichen technischen Eingriffen.

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, dem Grundsatz zur Anwendung und Weiterentwicklung des Standes der Technik sowie der besten Umweltpraxis (zur Definition wird im Unterzeichnungsprotokoll auf mehrere andere internationale Vereinbarungen verwiesen) zu folgen.

Zu Artikel 5

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich zur Beibehaltung der Genehmigungs- und Überwachungspflichten aus dem Rhein-Chemieübereinkommen bei Einleitungen sowie bei erheblichen technischen Eingriffen (insbes. Gewässer-ausbau). Die Verpflichtungen werden im Einzelnen aufgeführt. Darüber hinaus bestehen Gefahrvermeidungs- und Meldepflichten im Hinblick auf Unfälle und Störfälle.

Zu Artikel 6

Artikel 6 bestimmt zur Durchführung des Übereinkommens die Zusammenarbeit in der Kommission. Dieser wird die Rechts- und Geschäftsfähigkeit verliehen. Auf Arbeits- und Sozialfragen findet das am Ort des Sitzes geltende Recht Anwendung.

Die vorab per Gesetz am 14. April 2000 erteilte Rechts- und Geschäftsfähigkeit (BGBl. 2000 II S. 622) wird damit aufgehoben und ersetzt.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel beschreibt die Organisation der Kommission und legt fest, dass sich die Kommission eine Geschäfts- und Finanzordnung gibt.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel beschreibt die Aufgaben der Kommission.

Sie umfassen insbesondere die Ausarbeitung internationaler Mess- und Untersuchungsprogramme des Ökosystems Rhein, die Erarbeitung von Vorschlägen für Maß-

nahmen und Maßnahmenprogramme unter Berücksichtigung der dabei zu erwartenden Kosten, die Koordination der Warn- und Alarmpläne der Vertragsstaaten und bewertet die Wirksamkeit der beschlossenen Maßnahmen.

Die Kommission hat weiterhin die Aufgabe, die Öffentlichkeit über den Zustand des Rheins und über die Ergebnisse ihrer Arbeit zu informieren.

Zu Artikel 9

Artikel 9 legt fest, einmal jährlich eine Plenarsitzung durchzuführen. Diese wird vom Präsidenten einberufen und geleitet. Außerordentliche Plenarsitzungen können auf Initiative des Präsidenten oder auf Verlangen von mindestens zwei Delegationen einberufen werden.

Zu Artikel 10

Die Beschlüsse der Kommission werden einstimmig gefasst, wobei jede Delegation eine Stimme hat. Stimmenthaltung von nicht mehr als einer Delegation steht der Einstimmigkeit nicht entgegen.

Zu Artikel 11

Die Kommission kann weiterhin nur Empfehlungen aussprechen. Bei Nichtumsetzung hat die betreffende Vertragspartei zu berichten und die Gründe darzulegen. Die Kommission kann auf Grund der Berichte der Vertragsparteien oder auf Grund der Konsultationen Maßnahmen beschließen, um die Durchführung der Beschlüsse zu fördern.

Zu Artikel 12

Es wird festgelegt, dass die Kommission über ein ständiges Sekretariat, geleitet von einem Geschäftsführer, verfügt. Der Sitz des Sekretariats wird von den Vertragsparteien mit Koblenz festgelegt. Der Geschäftsführer wird von der Kommission benannt.

Zu Artikel 13

Artikel 13 regelt, dass die Kostenaufteilung zwischen den Vertragsparteien für den jährlichen Haushalt in der Geschäfts- und Finanzordnung der Kommission festgelegt wird.

Kosten für Untersuchungen und Maßnahmen sowie die Kosten ihrer Vertretung in der Kommission trägt jeder Vertragsstaat selbst.

Zu Artikel 14

Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, anderen Organisationen und externen Experten wird in diesem Artikel geregelt. Nichtstaatliche Organisationen können als Beobachter zugelassen werden. Diese Organisationen sind zudem vor wichtigen Beschlussfassungen anzuhören und anschließend zu informieren. Externe Experten können zu den Arbeitssitzungen hinzugezogen werden.

Zu Artikel 15

Arbeitssprachen der Kommission sind Deutsch, Französisch und Niederländisch.

Es werden nach der Geschäfts- und Finanzordnung jedoch nur wichtige Dokumente und die Beratungen der Plenarsitzungen ins Niederländische übersetzt werden. Die zusätzlichen Kosten dafür dürfen 20 000,- DM nicht übersteigen und werden aus dem laufenden Haushalt beglichen.

Zu Artikel 16

Dieser Artikel regelt die Streitbeilegung. Ziel ist, zunächst durch Verhandlungen eine Lösung herbeizuführen. Wird diese nicht erreicht, kann ein Schiedsverfahren nach Maßgabe des Anhangs zu diesem Übereinkommen durchgeführt werden.

Zu Artikel 17

Artikel 17 regelt das Verfahren für das Inkrafttreten des Übereinkommens.

Verwahrer des Übereinkommens ist die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Zu Artikel 18

In diesem Artikel werden die Kündigungsmodalitäten geregelt.

Zu Artikel 19

Es findet eine Rechtsvereinfachung durch Aufhebung des Rhein-Chemieübereinkommens bei Einbeziehung seiner unverzichtbaren Elemente statt.

Zu Artikel 20

Artikel 20 regelt, dass das Übereinkommen in deutscher, französischer und niederländischer Sprache abgefasst ist, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist und dass es bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt wird.

10.11.00

Beschluss
des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 12. April 1999
zum Schutz des Rheins

Der Bundesrat hat in seiner 756. Sitzung am 10. November 2000 gemäß Artikel 76
Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwen-
dungen zu erheben.